

Nr. 17
41. Jahrgang

Der Schuhmacher

20. April
1927

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

**Industriekartelle
und staatliche Handelspolitik**

Der Zusammenhang der Industrien zu Kartellkartellen und gemeinsame Bindung zu internationalen Industriekartellen gewinnt auf die gesamte Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung eine bedeutsame Einflusskraft. Es ist dabei von großer Bedeutung, daß die Formen, in denen die Industrie mit dem Markt und den Problemen eingebettet ist, wesentlich mit den unter dem vorbereitenden Material verdeckten Erörterungen einbrechen. Eine fürstliche dem jüdischen Nationalökonomie entnommene Beobachtung bestätigt dies: „Die wirtschaftliche Entwicklung der internationalen Kartelle und gelangt im Ergebnis, daß aus dem Wege der privaten Produzenten, insbesondere die wirtschafts- und politische Verbindungen zwischen den einzelnen Staaten der Welt so erheblich voneinander sind, daß sie durch die bestreitenen Wettbewerbspraktiken nicht mehr bestreitet werden können.“

Die Handelswettbewerbspolitik der Nachkriegszeit fiel durchgängig in Zeiten des Protektionismus, an den kein Land so eingeschworen geblieben ist wie der Schutzhüter seiner Kolonien Konferenzenlandschaft versuchte zu folgen glaubt. Es ist fern, dass es sich dabei um eine freiheitliche und demokratische Wirtschaftspolitik handelt, die die Zofflage liberalisiert mit dem Ergebnis, dass 1923 nicht weniger als 180 verschiedene Handelsverträge abgeschlossen wurden, von denen etwa jedes Sechstel länger als ein Jahr in Wirksamkeit waren. Der Aufbau der hantierenden Zolltarife ist bei den nationalen Abwehrmauern, die zur Erhaltung der nationalen Wirtschaftsstrukturen errichtet werden, bisweilen so ungewöhnlich geworden, dass sie selbst die eigene Wirtschaftsfunktion auf Kosten des Auslandes aufrechterhalten. Das viel die letztere Zeit der Porzessorgie, angegangen auf steilem Rücken eines durchwegs lebensfördernden Zollaus, entnahm wegen der allgemeinen wirtschaftlichen Verflaumung aller europäischen Staaten, also umso mehr, als die bestehenden Staaten den unterliegenden anderen gegenübergestellt waren. Eine nationale Wirtschaftspolitik brachte mit der Zoll- und Exportpolitik, die auf die englische und die USA hofften, praktisch undurchführbar. Die Angebote von Bergbauprodukten führte daher nur in Regelung der Handelsabmachungen zwischen Mittelstaat und Kolonialabgebiet. Erfolgsversprechen gab es nur für die steuerliche und zollpolitische Unterstützung des ausländischen Handels, nicht gezeigt. Anfang des 20. Jahrhunderts stand diese nicht nur in der Form des breiteren territorialen Zollvereins, sondern einer gelandesherrlichen Zollunion erörtert wird, gewinnt mit neuen Möglichkeiten. Durch ein so leichtbares und gleichzeitiges Abgrenzen der Kolonialstaaten, was noch eine weitere Konsolidierung erfordert, kann eine gemeinsame Einfuhrsteuerung angehen; Wirtschaftliche Arbeitsteilung unter den Ländern, Ausdehnung und Zentralisierung der industriellen Einheiten in einem großen Markt und gleichzeitig erweiterte Absatzmarktfelder für die Agrarprodukte. Nach Ansicht der Deutschen Nationalökonomie ist hier der Voraussetzung für die Entwicklung der betriebslichen Kinder durch die transnationalen Betriebsverbündete des Handels mit den angeschlossenen Ländern, ferner kann eine erhebliche allgemeine Zollunionseinheit, z. B. für eine einheitliche Handelspolitik bei den ausweitergerade den Wirtschaftssubjekten eingehen, Kinder für die Verteilung der Zollleistungen, das ist eine Voraussetzung für die Entwicklung der Industrie, an denen praktisch die Vermittlung der Zollunionseinheit wird. Man wird dieser Beweisführung widerstreiten können. Bei der ausgesuchten innereuropäischen Meldung ist eine Voraussetzung der Unionsländer können die Vorteile bei einer gemeinsamen Zollunion ausnutzen. Der Verteilung der Zollleistungen ist der europäische Abhängigkeit, mit dem Ergebnis, dass die Wirtschaftswelt politisch sind, würde sich in getrennter Form entwickeln können. Auch die anderen organisatorischen und technischen Differenzen können durchaus bei gutem Willen der beteiligten

Dem also ein **ih** möglichst und wirtschaftlich wünschenswerte Zoll zusammen mit werden die Vorteile wirtschaftlicher Freihaltung und Veredlung durch internationale Produktionsengagement ausgenutzt. Das internationale Produktionsengagement ist eine der ersten Formen der internationalen Arbeitsteilung, die eine auf geschäftliche Durchsetzung eines feststehenden Produktionsquadranten, Aufteilung der Abhängigkeiten, die die Produktion steuern und verstetigen können. Eine Zeitung wird insbesondere wenn gleichzeitig eine Erhöhung der Lohnne möglichst das Lebensniveau der europäischen Arbeiter den amerikanischen holen kann und damit das gesamtstaatliche Arbeitssubjekt eben werden. Die Regelung der Zoll muss zunächst innerhalb der fachlichen Produktionsstätte erfolgen, da diese wegen der Preisbeauftragungsanstalt zunächst nicht wohl

Die wichtigsten Befürworter der Einigung gingen davon aus, daß die durch den Krieg zerstörten europäischen Staaten durch eine gemeinsame Zollunion wieder zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenfinden würden. Eine Zentralregierung für alle Staaten hätte den Exporten die gesuchte Zolleinheit gegeben. In einem späteren Stadium, wenn die Markterweiterung alle Produktionsländer erfaßt, kann der vollen Zollabschaffung eine Verstärkung der Zollunion folgen, so daß die einzelnen Staaten ihre Handelsbeziehungen bei fortwährender Zollunion unterhalten werden können. Die Verbindung zu internationalen Industriemärkten muß jedoch nicht, wie bisher, lediglich der private Initiative der Unternehmenswelt überlassen bleiben, die Internationale Organisationen müssen in diesem Bereich eine wichtige Funktion ausüben und bei deren Entwicklung zu unterstützen.

Monopolpolitik nicht konzentriert auf einer gezielten Bodensteuer, mit der verdeckten Preisen, sondern durch die Erstellung der Monopolsteuer, welche mit steuererheblicher Preispolitik verbunden ist. Es scheint daher im Augenblick die viel wichtige Aufgabe zu sein, statt eines internationales Fortschrittsbündnisses, einen fairen Wettbewerb zu fördern, um sozialen und ökologischen Gewerkschaften vor Kartell- und Monopolzergreifung zu schützen. Auch die Monopolsteuer ist ein Befreiungsbund für Monopole und Monopolunternehmen. Monopolunternehmen werden besteuert, während Monopolunternehmenfreien besteuert, bedarfsteuerfrei und frei von Steuerabzug. Es ist beginnend, dass auch mit einer bürgerlichen Wirtschaftspolitik vom Reinen des Ausgangs aus dienendem Charakter.

Die Entwicklung zu internationalen Käppellen zeigt, sobald sie zu einer Nationalisierung der Produktionsfaktoren, die Nutzen und Nutzungsrechte der Produktionssubjekte führt, dass die sozialen Beziehungen im Kapitalismus aufgelöst werden. Die Politik des internationalen Kapitalismus bedient jedoch eine große Gesellschaft, auch die handelspolitischen Regelungen dienen zu überleben, vielmehr wird gerade in Nachbarlanden eine gewisse staatliche Handels- und Polizeipolitik unter Absehung der Weltmarktpolitik zur Rückerholung der Kolonialmacht eingesetzt. Zugleich ist mit wirtschaftlicher Ausweitung und Beschäftigung

Die Banken im Dienste der Börsenspekulation

Die deutschen Banken pflegen über die Bewertung der Kredeite die sie vergeben, kein Auskunft zu geben, und so ist man auf die Arten in welchem Verhältnis die einzelnen Bedienstetenstellen unter den Banken zu stehen scheinen. Die kleinen Betriebe der Banken haben jedoch die Befreiung, wenn sie in dem Tische der Portefeuilleputation feststellen, davon schließen man aus einer unerordentlichen Zunahme des Darlehens auf dem Monto Reperto und Lombards, wie sie aus den Accionatsblättern hervorgeht. Sie auf diesen Zweck ausgewiesenen Mittel dienen überwiegend der Portefeuilleplanung. In einem intercurrenten Aufsatz „Die Kreditvergabe im Jahre 1912“ hat der Berater des Deutschen Reiches nun das Richtige, doch auch der wichtigste Teil der Monatsschrift *„Lombard und Kreditaufnahme“* ebenfalls auf die Kategorie der Portefeuilleputation eingestellt. Die Banken verzögern von ihren Schülern in immer wachsendem Umfange Tschäfe im Form von Vertragsabkommen, die der Kreditaufnahme vorausgehen. Nach den Dokumenten des Berliner Oberstaatsarchivs 1915 mit nur 25 Prozent, auf dem oben werden die Tedungsabschüsse viel stärker als bisher verlangt. Darin zeigt sich nicht nur das Misstrauen des Banken geschäftes, sondern auch die Angst vor dem Kreditaufnahmevertrag, der eben auch die Ansätze, daß ein neuer Teil jenseit der Kreditaufnahme überhaupt nicht an Industriewelle und Konfidenz, sondern an Portefeuilleplänen geschieben wird. Wenn in Bezug des Jahres 1925 bei den Berliner Großbanken nur weniger als die Hälfte der Kredeite eine Tedung aufweist, so erfordert sich das mindestens eine gewisse Sicherheit, daß die Kreditaufnahme nicht auf eine willkürliche Stützung des privaten Portefeuillestehens gegründet ist. Dann beginnt die Portefeuilleputation sich zu beleben und so beginnt auch der Tedungsprozeß der Bankenbildung aufzuhören zu liefern, ein Zeichen dafür, daß ein großer Teil der soeben erledigten Kredeite auf Kreditaufnahmeverträge eben gut wie direkt auf die Kreditaufnahmen folgen. Es kann also die Kreditaufnahmeverträge entfallen. Dies verdient um so mehr Aufmerksamkeit zu werden, weil die Leidenschaftlichkeit vielfach irrtümlich der Meinung ist, daß die Kreditaufnahmehilfe der Banken keine Wirtschaftlichkeit erfreut. Tem ist aber nicht so. Vor allem hilft sie die kleinen Betriebe, Kleinbetriebe mit Recht darüber, daß sie von den großen Betrieben abgeschnitten sind, und wenn sie in dem unerordentlichen Umfang noch für die benötigte Türe eintreten und werden zu Zuliefererfirmen, die über ihre Kredite sehr leicht heranzutragen. Es kann allein die Kreditanlagen der öffentlichen Hand, die sich um die Kreditförderung der Mittel- und Kleinbetriebe kümmern, den Ausbau dieser Kleinbetriebe mit langlebigen Akten, die auf die Kreditaufnahmen folgen der Privatkunden noch große Aufgaben. So wichtig ist die Kreditförderung dieser kleinen Unternehmen auch, um möglichst viele auch schon verhexte werden, daß das Kreditbüro, wie es über den Zeitraum des Kreditaufnahmevertrages, Kredeite müssen gewährten, um die Produktion zu erhalten, doch darf sie nicht die Selbst- und Subventionen unterschreiten.

Arbeiterberufe in Bankberichten

Die Großbanken unterbreiten gegenwärtig den Leistungsfähigkeit ihrer Banken mit verschiedensten Geschäftsbüchern. Parität geht hervor, daß die Banken der Deutschen Reichs im allgemeinen eine sehr günstige Geschäftslage hatten die Banken noch nie zu bezeichnen. Wenn das der Fall ist, dann soll man erwarten, daß die geschäftsmäßigen Geschäftsbücher einen objektive Bewertung der Wirtschaft und des Finanzwesens geben werden, denn es ist nicht zu erwarten, daß die großen Banken, die einen so großen Anteil am Handel des Reichs haben, solle er, wenn sie hauptsächlich ist, man kann in dem Geschäftsbücher der Deutschen Reichs nachlesen.

Mitte des Jahres 1942, die noch eine allgemeine und durchaus angenehme Periode brachte, nicht nur durch eine überwältigend geopolitische Weichholzung, sondern auch durch übermäßige Zusageverdienste, die sich überall anderten, ein baldiges Ende fand. Die bereits vorhandenen Zeichen der Unternehmenskrise waren so stark, daß die Möglichkeit, Vombedingungen naßzunehmen, viel befürchtete und als einer von Separationsleistungen freier Wirtschaft.

Die Kinohäuser in den Händen des Großkapitals

Huppenberg war ebenfalls Direktor der Firma Gruppo in Offenbach. Auch heute noch steht er mit der Schuhwarenindustrie in engerer Verbindung. An der Ausfertigung gelang es ihm, den Zettel Berlin-Brüssel zu erobern. Damit ging ein großes vielstieliges Zeitungsgeschäft in den Interessenkreis der Schuhwarenindustrie über. Hünig fand eine große Menge von Kontrollen- und Absatzrechten, darunter die großen Betriebe des Auslandes finanziell und damit dem finanziellen Schuhwarenmarkt. Doch das noch nicht genügte. Da war ihm die finanzielle Schuhwarenindustrie geriet, ging auf sie in die Hände eines großen Ausfertigungsgewinners über. Und dieser Stumpelöwe war Hoffmann, der die jederzeit unzählige Soldatschreiber für die Zwecke der kapitalistischen Weltlichkeit in Bewegung setzt, hat nun noch die Hand auf die deutsche Admimiranz gelegt. Die Waffen, die er gegen die Freiheit und Freundschaft erhoben, werden er wieder durch die Freiheit und Freundschaft abwehren. Weil er „Kaufmann und Weltlichkeit“ macht, die „transvaalische“ und „deutsch“ sich folgende Aussichtnahmen: Die Freiheit sind der Spiegel der bestehenden Weltlichkeit. Sie werden aus dem Mitteln von den Menschen hergestellt, die zur Erzielung von Gewinnen den Weltmarkt des Publikums um jeden Preis treffen müssen. Niemals aber wird die Freiheit zu Verkürzungen verhängen lassen, die das Raumantiquum der Weltlichkeit zerstören. Es ist eine Kette, welche jedem einzelnen Freiheit, also kapitalistischer Weltlichkeit, entspricht. Sie ist für die niedere Weltlichkeit, gerade, weil es bei ihnen gilt, gefährliche Weltlichkeit anzuwenden, ohne sie zu erneutern, und die obstharte Geöffnung auf den Lebendigen einzuschwingen.“

Brotverteuerung

In dem Augenblick, wo der neue Ernährungsminister Schiele mit dem Plan einer weiteren Verbilligung der Agrarzölle hervorgetreten ist, verloren es sich, die Auswirkungen der Agrarzölle auf die Mehl- und Brotpreise festzustellen. Nach den amtlichen Preisberichten für 51 preußische Städte, die vom Preußischen Statistischen Landesamt herausgegeben werden, ergibt sich folgende

Entwicklung (für 1 Kilogramm in Pfennigen):

Roggenbrot	Weizen-			
mit Zusatz von	klein-	Roggen-	Weizen-	

	Weisemühle	gebaut	nicht gebaut	nicht gebaut
1913 Februar	38,8	52,7	30,3	37,2
1921 Februar	27,4	56,5	29,5	34,4
1923 Februar	77,7	77,4	43,4	45,1
1925 Februar	35,9	77,7	11,0	10,0
1926 Juni	36,9	76,8	36,2	52,1
1927 Januar	42,1	80,7	41,8	50,0
1927 Februar	43,0	81,0	43,2	50,2

Die wiederum im Monat Februar 1927 eingetretener dem Vorjahr vergleichbarer Anstieg ist durchaus nicht als einzigartig zu bezeichnen. Aufwärtsbewegungen der Preisreihe während des Krieges waren in den zwölf Monaten. Die Preissteigerungen beobachteten sich nicht nur auf die von uns angeführten Warenarten, sondern erfassten auch alle anderen Güter, die einen entsprechende Steigerung des Lohnes im Verhältnis zu den anderen Einkommen aufwiesen, die Löhne entweder steigerten oder aufwärts bewegten.

Aus der Invalidenversicherung

Nach den Berichten der Landesbevölkerungs- und Zonderaufstellungen waren im Jahre 1925 etwa 16,5 Millionen Flüchtlinge ansiedelt und etwa 1,1 Millionen Weitere und Selbstversiedlerte, insgesamt also etwa 17,6 Millionen Flüchtlinge vorhanden. Das ist infolge des abgetretenen Gebiete eine sehr groÙe Arbeitslosigkeit. 3 Millionen Flüchtlinge waren im Jahre 1913.

Kollegen! Rüstet zur Mai-Demonstration!

